

Auszüge aus dem

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

gemäß § 10 Absatz 1 der LUBW-Satzung



Baden-Württemberg



1	GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN	3
1.1	Gesetzliche Grundlagen	3
1.2	Unternehmensstruktur	3
1.3	Wirtschaftliches Umfeld	3
1.4	Arbeitsschwerpunkte	4
1.5	Personal	5
2	ERTRAGSLAGE	6
3	FINANZLAGE	7
4	VERMÖGENSLAGE	8
5	BERICHT ZU CHANCEN UND RISIKEN	8
6	PROGNOSEBERICHT	10

1 Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Durch das „Gesetz zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg“ wurden die beiden Einrichtungen zum 1. Januar 2006 zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) fusioniert. Die Anstalt führt seit dem 1. Dezember 2017 die Bezeichnung „Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg“. Zuletzt wurde das LUBWG am 01.03.2020 durch Artikel 45 des Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse geändert.

Die Aufgaben der LUBW sind in § 2 des LUBWG geregelt und werden in § 1 der Satzung aufgefächert. Die LUBW unterstützt die Landesregierung in Fragen des Umwelt- und des Klimaschutzes, des Natur- und des Strahlenschutzes, der Nachhaltigkeit, des technischen Arbeitsschutzes sowie der Anlagen- und der Produktsicherheit. Zu den Aufgaben der LUBW gehören neben der Vollzugsunterstützung auch gutachterliche und konzeptionelle Tätigkeiten.

1.2 Unternehmensstruktur

Die LUBW ist in die sechs Abteilungen Zentrale Dienste, Nachhaltigkeit und Naturschutz, Technischer Umweltschutz, Wasser, Kompetenzzentrum Umweltinformatik sowie Messtechnik und Analytik mit insgesamt 26 Referaten gegliedert.

Die notwendigen Regelungen der Geschäftsordnung sind im LUBW-Handbuch dargelegt. Es schafft klare Strukturen und gibt für die vorhandenen Managementsysteme – Umweltmanagement, Qualitätsmanagement, Nachhaltigkeitsmanagement, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, Leitlinien für Informationssicherheit in der LUBW, Risikomanagement sowie als Folge der Corona-Pandemie Krisenmanagement – einen einheitlichen Rahmen vor. Das Handbuch ist über das Intranet der LUBW für alle Beschäftigten jederzeit aktuell verfügbar.

1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Im Folgenden beziehen sich Angaben in Klammern grundsätzlich auf das Vorjahr.

Im Jahr 2022 stand die weltwirtschaftliche Entwicklung und die konjunkturpolitische Lage unter dem Einfluss des Krieges in der Ukraine, einem beachtlichen Energie-, Lebensmittel und Rohstoffpreisanstieg, der veränderten Zinspolitik der Zentralbanken, dem Arbeitskräftemangel sowie weiter unter dem Einfluss der Corona-Pandemie und der dadurch gestörten Lieferketten. Die Risiken für die Weltwirtschaft haben laut dem IWF auf Grund der multiplen Krisen stark zugenommen. Geopolitische und soziale Spannungen gingen mit einem Anstieg von Armut und Ungleichheit einher. Der Klimawandel verursacht u.a. durch häufigere und heftigere Naturkatastrophen große wirtschaftliche und soziale Kosten. Damit hat er auch Auswirkungen auf die makroökonomische Stabilität und Finanzmarktstabilität. Die öffentliche Verschuldung hat neue Höhen erreicht, weshalb die Länder bei zentralen Vorhaben, wie bei der Bekämpfung der steigenden Inflation und der Wiederankurbelung der Konjunktur, zunehmend vor schwierigen Zielkonflikten stehen. Trotzdem geht der IWF von einem globalen Wirtschaftswachstum in 2022 von 2,9 % aus. Das Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Union stieg in 2022 um 3,6 %. In 2022 beendete die Europäische Zentralbank ihre expansive Geldpolitik auf Grund des massiven Inflationsanstiegs und erhöhte den Leitzins im Euroraum auf 2,5 % (0 %).

Zum Jahresende 2022 stieg die jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 9,2 % im Vergleich zum Vorjahr (5,3 %). Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, weist hier vor allem auf eine Inflationsrate von 25,5 % im Bereich „Energie“ hin.

Die deutsche Wirtschaft ist 2022 moderat gewachsen. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts preisbereinigt um 1,9 % (2,7 %) gestiegen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung entwickelte sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. So haben laut dem Statistischen Bundesamt einige Branchen von Nachholeffekten nach dem Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen profitiert, das Baugewerbe hingegen verzeichnet wegen hoher Baukosten und zunehmend schlechterer Finanzierungsbedingungen einen deutlichen Rückgang der Bruttowertschöpfung. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland stieg um 1,3 % im Vergleich zum Vorjahr, auf ein Rekordhoch von 45,6 Millionen.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2022 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 101,6 Milliarden Euro. Das waren knapp 33 Milliarden Euro weniger als im Jahr 2021 (134,3 Milliarden Euro). Die Steuereinnahmen des Bundes (ohne reine Gemeindesteuern) sanken im Jahr 2022 im Vergleich zu 2021 insgesamt um 1,5 %. Laut der Oktobersteuerschätzung des Finanzministeriums Baden-Württemberg belaufen sich die Steuermehreinnahmen im Land für das Jahr 2022 auf rund 1,8 (1,9) Milliarden Euro.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Steuereinnahmen hatten auch 2022 keinen direkten Einfluss auf das Basiskapital der LUBW. Die Einlagen des Landes in das Basiskapital betragen TEUR 19.386,4. Als zweckgebundene sonstige Einlagen des Landes erhielt die LUBW TEUR 17.739,7. Zusammen mit Erträgen von TEUR 6.187,9 und Naturalzuschüssen von TEUR 32.308,1 betragen die Deckungsmittel der LUBW insgesamt TEUR 75.622,2. Die zur Erfüllung der Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms benötigten finanziellen Mittel standen zur Verfügung. Die zusätzlichen politischen Schwerpunkte der Landesregierung wurden weitgehend berücksichtigt.

1.4 Arbeitsschwerpunkte

Ein wichtiger Schwerpunkt lag, wie schon in den Vorjahren, auf dem Klimaschutz und der Klimawandelanpassung. Seit dem Jahr 2022 stehen der LUBW zusätzliche Mittel in Höhe von einer Million Euro jährlich als Basiskapital zur Finanzierung entsprechender Projekte zur Verfügung. Dazu gehören beispielsweise die Entwicklung des KlimaAtlas+, eine Potential- und Machbarkeitsstudie zur Nutzungserweiterung von Stauanlagen für das Echtzeit-Management von Hitze, Dürre und Hochwasser sowie hydrodynamische Modellierungen zu Floating-PV-Anlagen. Auch das Projekt „Zwei-Grad-Ziel für unsere Bäche“, das die Senkung der Gewässertemperatur durch gezielte Vegetationsentwicklung am Gewässerrand zum Ziel hat, wurde aus diesen Mitteln finanziert.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte im Bereich Klima waren unter anderem der klimatische Jahresrückblick auf das Jahr 2021, die Weiterentwicklung des Emissionskatasters sowie Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaaktionsplans der LUBW.

Hervorzuheben ist, dass vor allem mit Blick auf die extremen klimatischen Bedingungen im Sommer 2022 ein sehr großes öffentliches Interesse an der Expertise der LUBW im Bereich der Datenerfassung und -bewertung herrschte.

Ein weiterer wichtiger Themenschwerpunkt war der Erhalt der biologischen Vielfalt. Hier wurden unter anderem mit der Veröffentlichung der aktualisierten Roten Listen der Brutvögel, der Biotoptypen sowie der Heu- und Fangschrecken Baden-Württembergs wichtige Meilensteine erreicht. Das Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt wurde fortgesetzt. Beim landesweiten Insektenmonitoring wurde im Sommer 2022 die erste Runde der Kartierungen nach vier Jahren planmäßig abgeschlossen. Damit liegen nun erstmals zu allen untersuchten 201 Stichprobenflächen Ergebnisse vor. Im Zuge des Monitorings wurden bis dato mehr als 342.000 Insektenindividuen erfasst und mehr als 6.100 Proben genommen, aufbereitet und ausgewertet.

Im Auftrag der „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien“ hat die LUBW in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium den Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie erarbeitet, der die zwischenzeitlich ergangenen Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz bereits aktuell berücksichtigt. Die neue Planungshilfe für die Regionalverbände wurde Ende Oktober durch das Umweltministerium veröffentlicht und soll bei der Lokalisierung von „unproblematischen“ Gebieten helfen, wenn es um die Belange des Artenschutzes geht.

Ebenfalls in den Bereich der Förderung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien fällt das Projekt „Vom Deponie- zum Solarstandort“. In dem Projekt wurden 81 Deponien genauer untersucht und bewertet. Es konnte gezeigt werden, dass sich für die untersuchten Standorte ein PV-Potenzial mit einer möglichen Gesamtnennleistung von 123 MW-Peak ergibt. Die Standortbewertungen wurden in den IT-gestützten Energieatlas eingepflegt. Für jede der untersuchten Deponien wurde zudem ein Steckbrief erstellt, der die Flächen, die potenziellen Erträge und die Bewertung der Flächen enthält.

Weiterhin wurde der Energieatlas um die Potenziale von schwimmenden Floating-PV-Anlagen erweitert. Hierzu hat die LUBW auf Basis einer Potenzialstudie des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme das Potenzial für infrage kommende Gewässerflächen auf Baggerseen in aktiver Auskiesung im Land aufbereitet.

Schließlich war auch die Digitalisierung ein wichtiger Fokus der Arbeit der LUBW im Jahr 2022. Die LUBW unterstützte das Umweltministerium u.a. beim Digitalisierungs-Projekt „Natur und Umwelt erleben“. Im August 2022 wurde das neue, konzeptionell, inhaltlich und technisch komplett überarbeitete Umweltportal BW freigeschaltet.

Nicht minderbedeutend ist die durchweg hohe Aufgabenerfüllung in den zahlreichen Linienaufgaben der LUBW.

Organisatorisch war das Jahr 2022 vor allem durch die Wechsel auf Ebene der Präsidentschaft geprägt. Nach dem Weggang von Frau Bell zum 1. März 2022 wurde die LUBW bis zum Amtsantritt von Herrn Dr. Maurer zum 1. August 2022 von Herrn Altkofer stellvertretend geführt.

1.5 Personal

Die LUBW hatte am 31. Dezember 2022 insgesamt 542 (529) aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2022 hatten insgesamt zehn Studierende der Dualen Hochschule Baden-Württemberg bei der LUBW ihren Ausbildungsplatz. Drei Chemielaborantinnen, zwei Bürokauffrauen und ein Elektroniker befanden sich in der Ausbildung.

Der durch den Verwaltungsrat für 2022 genehmigte Stellenplan für Anstaltsangestellte wies 114,9 (114,9) Stellen aus. Zusätzlich enthielt der Stellenplan 9,3 (9,3) direkt aus den Mitteln des Betriebs gewerblicher Art finanzierte Stellen. [...] Für die Anstaltsangestellten betragen die Ausgaben für Gehälter und soziale Aufwendungen TEUR 8.257,7 (TEUR 9.776,2). [...]

Für die Anstaltsangestellten, die vor dem 1. Januar 2009 eingestellt wurden, gelten die Regelungen des TÜV-Tarifvertrages. Neueinstellungen im Anstaltsteil erfolgen seit dem 1. Januar 2009 über den am 23. März 2008 abgeschlossenen Haustarifvertrag. Danach finden die gleichen tariflichen Regelungen Anwendung, die auch für Landesbeschäftigte gültig sind. Für das Landespersonal (Landesbeamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte des Landes) sind die beamtenrechtlichen Bestimmungen bzw. der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) maßgebend.

[...]

Der Staatshaushaltplan 2022 wies für das Jahr 2022 im Stellenplan der LUBW für Landespersonal 460,5 (448,5) Stellen aus.

[...]

Die Gesamtausgaben für das Landespersonal betragen TEUR 27.771,7 (TEUR 27.008,8). [...]

2 Ertragslage

In den Quartalsberichten wurden nach § 6 Abs. 4 der Satzung der LUBW die wesentlichen Planabweichungen aufgezeigt und erläutert.

Die Erträge im Geschäftsjahr 2022 liegen mit TEUR 6.187,9 (TEUR 5.043,8) um TEUR 1.144,1 über dem Wert des Vorjahres und TEUR 1.537,9 über dem Planwert. [...]

Im Betrieb gewerblicher Art wurden TEUR 1.979,8 (TEUR 1.919,3) Umsatzerlöse erzielt; das sind TEUR 279,8 mehr als geplant. Hiervon betragen die Umsatzerlöse im Betrieb des Anlagenkatasters TEUR 1.318,9 (TEUR 1.312,8). Den Umsatzerlösen standen direkte Kosten von TEUR 355,1 (TEUR 174,9), Personalaufwand von TEUR 561,7 (TEUR 565,1) und Kosten der internen Leistungsverrechnung von TEUR 374,8 (TEUR 333,8) sowie indirekte Kosten von TEUR 202,2 (TEUR 199,5) gegenüber. Es wird ein Gewinn in Höhe von TEUR 497,7 (TEUR 657,1) vor Steuern ausgewiesen.

Aus hoheitlichen Beistandsleistungen konnten TEUR 45,6 (TEUR 45,4) Erträge erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf TEUR 1.839,7 (TEUR 1.618,1) und liegen um TEUR 139,7 über dem geplanten Wert. Davon betragen die zweckgebundenen Zuwendungen Dritter für laufende Projekte TEUR 1.530,3 (TEUR 1.354,7).

[...]

Die Personalkosten betragen insgesamt TEUR 36.029,6 (TEUR 36.785,0); [...].

Der Aufwand für bezogene Leistungen beträgt TEUR 27.375,0 (TEUR 25.809,7), er liegt um TEUR 1.565,3 über dem Vorjahreswert. Der Planwert für bezogene Leistungen wird 2022 um TEUR 625,0 unterschritten. Ursächlich hierfür ist unter anderem der unter Plan liegende Aufwand für die Nachkonditionierung radioaktiver Altabfälle.

Die Abschreibungen liegen mit TEUR 4.535,3 (4.067,0) unter Berücksichtigung einer Sonderabschreibung von TEUR 657 um TEUR 135,3 unter dem geplanten Wert. Die Investitionen liegen mit TEUR 2.720,0 um TEUR 875,0 unter dem Planwert. Ursächlich sind insbesondere zeitliche Verschiebungen zwischen den Jahren bei Plan- und Ist-Werten sowie Lieferverzögerungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen aufgrund der Corona-bedingt geringeren Fortbildungs- und Reisekosten um TEUR 149,5 unter dem geplanten Wert.

[...]

Unter Berücksichtigung der Steuern von Einkommen und Ertrag beträgt das Ergebnis nach Steuern TEUR -71.024,4 (TEUR -69.031,0). Nach Berücksichtigung der sonstigen Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR -71.031,5 (TEUR -69.038,7).

Dem Jahresfehlbetrag stehen die Einlagen des Landes in das Basiskapital, die sonstigen Einlagen des Landes, der Naturalzuschuss für die Überlassung der Landesbeschäftigten und der Naturalzuschuss für die Überlassung der Liegenschaften gegenüber.

3 Finanzlage

Zum 31. Dezember 2022 beträgt das Eigenkapital TEUR 11.207,7 (TEUR 12.805,0). Die Einlagen des Landes liegen mit TEUR 69.434,2 (TEUR 67.012,2) unter dem Jahresfehlbetrag von TEUR -71.031,5 (TEUR -69.038,7). Das Eigenkapital sinkt gegenüber dem Vorjahr insgesamt um TEUR 1.597,2.

Die Einlagen des Landes stellen keine unzulässigen Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) dar.

Im Finanzplan 2022 waren für die LUBW Einlagen des Landes in das Basiskapital in Höhe von TEUR 21.629,6 (TEUR 19.580,8) geplant. Das Umweltministerium hat mit Schreiben vom 16.02.2022 den Zuschuss für die LUBW auf TEUR 21.670,1 festgelegt (zusätzlich TEUR 40 für die Sachmittelpauschale Neustellen). [...]

Die sonstigen Einlagen des Landes werden für konkrete Projekte zweckgebunden zugewiesen. Für 2022 war geplant, dass der LUBW TEUR 19.000,0 sonstige Einlagen des Landes zur Verfügung gestellt werden. Zuweisungsschreiben liegen in Höhe von insgesamt TEUR 26.264,4 vor. Im Rahmen der Liquiditätssteuerung wurden bis zum Ende des Jahres 2022 TEUR 17.739,7 (TEUR 17.347,8) zur Auszahlung angefordert und überwiesen. [...]

[...]

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 6.482,8 (TEUR 4.815,6); es bestanden sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 263,9 (TEUR 234,4).

4 Vermögenlage

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2022 Zugänge zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 2.720,0 (TEUR 2.802,2) aktiviert. Die Abschreibungen betragen TEUR 4.535,3 (TEUR 4.067,0). Der Wert des Anlagevermögens sank um TEUR 1.824,2 von TEUR 13.732,7 am 31. Dezember 2021 auf TEUR 11.908,5 am 31. Dezember 2022. Darin enthalten sind die geleisteten Anzahlungen von insgesamt TEUR 709,2 für die Erstellung eines Pflichtenhefts für das Projekt Neuentwicklung der Software AnKa -Redesign- (BgA), die Neueinführung der Software iLIMS und für die Nutzungsgebühr der Glasfaserkabelnutzung im Neubau Großoberfeld. Auf den Betrieb gewerblicher Art entfallen Investitionen in Höhe von TEUR 8,7 (TEUR 271,0).

[...] Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Zuwendungen Dritter betragen TEUR 535,9 und sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 102,7 zurückgegangen. Der Rückgang wird im Wesentlichen verursacht durch das abgeschlossene Projekt „Messungen zur Ausweisung von Radonschutzgebieten im Auftrag des Bundes“.

Die Liquidität der Anstalt war im Geschäftsjahr 2022 stets ausreichend. Der Zahlungsverkehr der LUBW wird über die Landesoberkasse Baden-Württemberg (LOK) abgewickelt. Die freien Mittel stehen der LUBW im Cash Pool des Landes zur Verfügung. Die liquiden Mittel erhöhten sich um TEUR 1.488,1 und betragen zum 31. Dezember 2022 TEUR 11.856,8 (TEUR 10.368,7). Den liquiden Mitteln der LUBW stehen Verpflichtungen gegenüber, vor allem noch offene Bestellobligos, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die verfügbaren Mittel für die Konditionierung radioaktiver Abfälle.

5 Bericht zu Chancen und Risiken

Das 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) fordert für alle Kapitalgesellschaften die Einführung eines Risikomanagementsystems. Die LUBW muss nach § 9 Abs. 2 des LUBWG ihren Jahresabschluss entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellen. Nach § 6 Abs. 5 der LUBW-Satzung ist die LUBW verpflichtet, ein Risikomanagementsystem einzurichten. Im Rahmen des Risikomanagementsystems werden auftretende Risiken nach Risikobereichen gegliedert und entsprechend einer individuell vorgenommenen Risikoeinschätzung bewertet. Das Risikohandbuch und der Bericht Risikomanagement 2021 sind im Intranet der LUBW für alle Beschäftigten zugänglich.

Mit der Satzungsänderung vom 19. Juli 2013 wurde der Public Corporate Governance Kodex (PCGK) in der LUBW verbindlich eingeführt. Im Corporate Governance Bericht erklärt die Präsidenschaft und der Verwaltungsrat der LUBW insbesondere, dass sämtlichen Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg entsprochen wurde und diesen Empfehlungen auch künftig entsprochen wird.

[...]

Die Aufgaben der LUBW sind im LUBWG geregelt. Für die Erfüllung dieser Aufgaben entstanden der LUBW 2022 Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 77.219,4 (TEUR 74.082,5). Dabei wurden von den bezogenen Leistungen in Höhe von insgesamt TEUR 27.375,0 TEUR 16.500,0 aus sonstigen Einlagen des Landes finanziert, dies entspricht einem Anteil von 60,3 %. Mit den sonstigen Einlagen des Landes werden der LUBW zweckgebundene Mittel für festgelegte Aufgaben zugewiesen. Es ist darauf zu achten, dass trotz dieser Finanzierungsstruktur der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der LUBW nicht eingeschränkt wird.

Die Arbeitsfelder der LUBW haben nach wie vor hohe politische Relevanz und werden in der Öffentlichkeit und in den Medien vermehrt wahrgenommen. Dementsprechend ist die Expertise der LUBW sowohl im politischen Raum, als auch in der breiten Öffentlichkeit weiterhin gefragt. So beispielsweise in den Themenfeldern Klimawandel und (Grund-)Wasser. In Abstimmung mit den beteiligten Ministerien werden im Jahresarbeitsprogramm für bedeutsame Vorhaben Schwerpunkte gebildet. Viele dieser Projekte betreffen die digitale Bereitstellung und Verwaltung von Daten für die Öffentlichkeit und den Verwaltungsvollzug, beispielsweise im Rahmen des Klimaatlas+, der Entwicklung eines landesweiten Kompensationsverzeichnisses und des Digitalisierungsprojekts Umweltinformation digital 4.0. Darüber hinaus umfassen die Schwerpunktvorhaben umfangreiche Fachaufgaben, wie den Masterplan Wasserversorgung in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund des Klimawandels und die landesweite Bearbeitung der PFC-Problematik unter besonderer Beachtung der Schadensfälle Rastatt/Baden-Baden und Mannheim. Werden der LUBW für neue Schwerpunkte wie bisher entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt, bietet sich die Chance, neue Aufgaben und Tätigkeitsfelder zu erschließen. Ansonsten muss die LUBW die Ressourcen aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen. Dies schließt das Risiko ein, dass die LUBW ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann.

Wie schon 2022 besteht auch 2023 aufgrund der Ukraine-Krise und sowie der Nachwirkungen der Corona-Pandemie weiterhin eine hohe Unsicherheit für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Auch das Finanzministerium betont diesen Sachverhalt im Planausschreiben für die Aufstellung des Entwurfs des Staatshaushaltsplans 2023/2024. [...]

In der mittelfristigen Wirtschaftsplanung 2023 hat die LUBW die Annahme getroffen, dass die sonstigen Einlagen des Landes dauerhaft TEUR 18.000 betragen. Im Basiskapital stehen für die Jahre 2023/2024 ausreichende Mittel zur Finanzierung des durch die LUBW zu tragenden nutzerseitigen Mehrbedarfs bei der Neuunterbringung an einem zentralen Standort in Großerfeld zur Verfügung.

In Karlsruhe ist die LUBW mit rund 500 Beschäftigten derzeit in fünf Gebäuden untergebracht. Für die zentrale Unterbringung der LUBW in Großerfeld werden neben dem Bestandsgebäude ein Labor- und ein Bürogebäude errichtet. Das bestehende Gebäude wird anschließend umgebaut. Aus der Konzentration auf einen Standort ergeben sich Chancen für organisatorische Entwicklungen und Synergieeffekte. Bauherr ist das Land Baden-Württemberg. Die Gesamtbaumaßnahme ist im Staatshaushaltsplan 2023/2024 bei Kapitel 1208 in Höhe von TEUR 70.130 etatisiert. Die Inanspruchnahme der projektscharfen Risikovorsorge in Höhe von

TEUR 14.415 für die genehmigten Mehrkosten des ersten Bauabschnitts auf Basis der dritten Nachtragsbauunterlage wurde genehmigt. Der Spatenstich für die Neuunterbringung der LUBW fand im November 2020 statt. Die ersten Umzüge sind für die zweite Jahreshälfte 2024 geplant.

[...]

Im Bereich der Strategie 2020+ konnten die Projekte „Publikationsdienst PUDI 1.1“ und „Personalentwicklung“ im Jahr 2022 erfolgreich abgeschlossen und in den Linienbetrieb überführt werden. Das sehr erfolgreiche Projekt „integriertes Labor-Informations- und Management-System (iLIMS)“ wird schrittweise in den operativen Betrieb überführt. Auch das LUBW Nachhaltigkeitsmanagement läuft planmäßig im Linienbetrieb.

Im Rahmen der Konsolidierung der IT-Infrastruktur der LUBW wurden in Abstimmung mit den Fachzentralen (Hochwasservorhersagezentrale, Kernreaktorfernüberwachung, Messnetzzentrale) die Bedingungen für eine einheitliche zentrale IT-Infrastruktur für den LUBW-Neubau einschließlich des W-LAN-Konzepts und der Berücksichtigung von BSI-Grundschutzanforderungen definiert. Für den ersten Bauabschnitt wurden 2022 die redundante LVN-Anbindung des Neubaus sowie die aktiven Netzwerkkomponenten beauftragt. Zudem wurde die Abstimmung des Firewallkonzepts mit der BITBW angestoßen. Unabhängig von den aufwändigen Überlegungen zum LUBW-Neubau hat das Kompetenzzentrum Umweltinformatik verschiedene IT-Fachanwendungen für die Umwelt- und Naturschutzverwaltung modernisiert. Das jährliche Update für WIBAS (Informationssystem Wasser Immissionsschutz Boden Abfall Arbeitsschutz) erfolgt seit 2022 genauso wie der Abgleich der Hochwasserrisikomanagementkarten cloudbasiert. Aus den Mitteln der Digitalisierungsstrategie des Landes finanziert die LUBW drei Digitalisierungsvorhaben, u.a. den digitalen Ranger zum interaktiven Erleben der Natur. Der Internetauftritt der LUBW wird sukzessive auf Liferay 7 umgestellt; damit kann auch ein wichtiger Beitrag zur Barrierefreiheit geleistet werden.

Durch die Neuregelung des § 2b UStG, die zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist, wurde die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand vollständig neugestaltet. Die LUBW hat mit Datum vom 12. Dezember 2016 eine Optionserklärung beim Finanzamt abgegeben. Das Bundesfinanzministerium hat mit dem Jahressteuergesetz 2022 die Voraussetzungen für eine Verlängerung der Optionsregelung um zwei weitere Jahre geschaffen. Durch die weitere Fristverlängerung wird für die LUBW die bisherige umsatzsteuerliche Rechtslage bis zum 31. Dezember 2024 unverändert fortgeführt. Die Vorarbeiten bezüglich der neuen Umsatzsteuerregelungen werden in der LUBW weiterbetrieben.

Weitere wirtschaftliche und finanzielle Risiken, welche die Entwicklung der LUBW, die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachhaltig beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

6 Prognosebericht

Frau Eva Bell hat bis zum 28. Februar 2022 als Präsidentin der LUBW die Aufgabe der Geschäftsführung im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses beim Land Baden-Württemberg wahrgenommen. Die Abberufung als Präsidentin erfolgte zum 30. Juni 2022. Interimsweise war Herr Werner Altkofer, als stellvertretender Präsident, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der LUBW beauftragt. Herr Dr. Ulrich Maurer wurde mit Schreiben vom 26. Juli 2022 als Präsident der LUBW bestellt und nimmt seit 1. August 2022 die Aufgabe der Geschäftsführung im Rahmen eines beamtenrechtlichen Dienstverhältnisses wahr.

Im Staatshaushaltsplan 2023 werden als Zuschuss in das Basiskapital der LUBW TEUR 25.257,6 geplant. Darin enthalten sind wie im Vorjahr TEUR 1.300,0, die im Staatshaushaltsplan im Kapitel 1005 „Wasser und Boden“ ausgewiesen werden. Im Staatshaushaltsplan 2023 sind beim Zuschuss in das Basiskapital dauerhafte Erhöhungen für den Klimaschutz von TEUR 1.000,0 bzw. für die Nachkonditionierung radioaktiver Altabfälle von TEUR 800,0 enthalten. Weiter sind für die Finanzierung des nutzerseitigen Mehrbedarfs bei der Neuunterbringung der LUBW TEUR 3.208,0 berücksichtigt. Darüber hinaus sind im Staatshaushaltsplan 2023 sieben neue Stellen, unter anderem für den Bereich Artenschutz/Windkraft sowie die Umsetzung der Niedrigwasserstrategie im Bereich Wasser und Boden, ausgewiesen.

Der Verwaltungsrat hat in der 36. ordentlichen Sitzung am 9. Dezember 2022 dem Wirtschaftsplan 2023 mit Jahresarbeitsprogramm, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsplan, Stellenübersicht und fünfjähriger vorausschauender Wirtschaftsplanung zugestimmt. Der Wirtschaftsplan wurde vom Umweltministerium mit Schreiben vom 21. Februar 2023 genehmigt. In diesem wurde geplant, dass der LUBW sonstige Einlagen des Landes in Höhe von TEUR 18.000,0 zugewiesen werden. Wesentliche Fachaufgaben, die durch die sonstigen Einlagen des Landes finanziert werden, sind: Die Kartierung, das Monitoring und Management gefährdeter Arten- und Lebensraumtypen, das Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt, die Untersuchung von Fließgewässern nach Wasserrahmenrichtlinie, die Probennahme und Analyse von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser im Rahmen der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO) sowie das WIBAS und der Betrieb des Umweltportals, des UIS-Berichtssystems und der RIPS-Geodateninfrastruktur.

Der Erfolgsplan weist für das Geschäftsjahr 2023 einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 75.031,1 aus, der über die im Finanzplan dargestellten Deckungsmittel ausgeglichen wird. Im Geschäftsjahr 2023 sind Erträge in Höhe von TEUR 4.780,0 geplant, davon TEUR 1.400,0 Umsatz im Betrieb gewerblicher Art. Die Planung der Aufwendungen für „Landespersonal“ sowie für „Gehälter und soziale Aufwendungen“ berücksichtigt die jeweils zu erwartenden Tarifsteigerungen und die Kosten für Stufen- und Zeitaufstiege. Im Wirtschaftsplan 2023 sind Investitionen in Höhe von TEUR 6.485,0 vorgesehen. Damit sind die geplanten Investitionen, u.a. aufgrund der Neuunterbringung der LUBW, deutlich höher als die erwarteten Abschreibungen von TEUR 3.800,0.

Mit den Einlagen des Landes in das Basiskapital, die der LUBW nach derzeitiger Planung im Geschäftsjahr 2023 zur Verfügung stehen, und mit den in Aussicht gestellten sonstigen Einlagen des Landes können aus heutiger Sicht die Aufgaben des Jahresarbeitsprogramms 2023 im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Karlsruhe, den 31. März 2023

gez.
Dr. Ulrich Maurer
Präsident